

Industriepolitisches Positionspapier der IHK Südlicher Oberrhein

Die Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein hat durch ihre Vollversammlung am 25.06.2020 folgende Grundsatzpositionen zur Industriepolitik verabschiedet.

Sie richten sich in erster Linie an die baden-württembergische Landesregierung sowie an regionalpolitische Institutionen.

Ausgangssituation

Über ein Viertel der Bruttowertschöpfung in Deutschland entfällt auf die Industrie – in der Region südlicher Oberrhein sind es 27,8 Prozent mit mehr als 115.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (entspricht mehr als 26 Prozent), weit mehr Arbeitsplätze sind zudem indirekt von ihr abhängig.

Gerade die Region Südlicher Oberrhein steht mit seinen industriellen Familienunternehmen, „Hidden Champions“ und Technologieunternehmen für Nachhaltigkeit, Entwicklung und Wohlstand.

Doch der Erfolg der regionalen Industrie ist kein Selbstläufer. Durch ein anhaltendes Verharren („Uns geht es doch gut“) können der Status Quo unserer Industrie und der Wohlstand mittel- und langfristig nicht gehalten werden – ein Rückschritt droht!

Der noch existierende Wettbewerbsvorteil der Region ist in vielen Bereichen fragil und hinsichtlich des zukünftigen Bestands gefährdet. Der Erfolg und die positiven Entwicklungen der regionalen Industrie in der Vergangenheit können nicht als Selbstverständlichkeit erachtet und gedanklich einfach fortgeschrieben werden.

Gerade im Kontext der wirtschaftlichen Transformationsprozesse besteht das Risiko für die Industrie, den Anschluss im internationalen Wettbewerb zu verlieren, was sich auch negativ auf den gesamten Unternehmensbestand und den Arbeitsmarkt der Region Südlicher Oberrhein auswirken würde.

Gerade für die traditionelleren Branchen in der Region (u.a. Papier, Druck, Textilien, Metall) bestehen aufgrund der steigenden internationalen Konkurrenz und des zunehmenden Kostendrucks enorme Wettbewerbsrisiken und Rationalisierungsdruck. Zwar wurden vergangene Transformationsprozesse bisher oft erfolgreich überstanden, doch schon in den letzten Jahren ist ein Rückgang der Beschäftigten zu erkennen, der sich noch weiter verschärfen kann. Dies kann sich in einem Wegbrechen ganzer Branchen, Rationalisierungen mit Stellenfreisetzungen, Insolvenzen, der Verlagerung ins Ausland sowie dem Verkauf von mittelständischen Unternehmen bemerkbar machen.

Grund dafür sind neben Effekten aus Überalterung, rückläufiger Entwicklung in Randregionen und der Überhitzung unserer Infrastruktur vor allem nachteilige Rahmenbedingungen im Vergleich zum internationalen Wettbewerb.

Unternehmen müssen sich immer wieder neu erfinden, um global wettbewerbsfähig zu bleiben. Neue Technologien, fehlende Fachkräfte, immer mehr Bürokratie sowie ein zunehmender politischer Populismus, Protektionismus und wachsende gesellschaftliche Skepsis fordern regionale Industrieunternehmen heraus.

Weichen stellen für die Industrie am südlichen Oberrhein

Ein aktives Agieren der Politik und die gezielte Steuerung der regionalen Industrieentwicklung am südlichen Oberrhein sind also notwendig, da andernfalls negative wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu erwarten sind.

Die Politik muss die richtigen Weichen für die Zukunftsfähigkeit der Industrie am südlichen Oberrhein stellen – mit Rahmenbedingungen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Der Industrieausschuss der IHK Südlicher Oberrhein fordert die Politik deshalb auf, sich zur Industrie zu bekennen und die Unternehmen auf ihrem Weg in die Zukunft zu unterstützen.

Die folgenden Forderungen benennen die wichtigsten Punkte, die für die Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit am südlichen Oberrhein entscheidend sind:

Kommunikationsinfrastruktur

Eine leistungsfähige Kommunikations-Infrastruktur ist die Voraussetzung für unsere regionale Wirtschaft. Wenn der bereits bestehende Rückstand hinsichtlich einer flächendeckenden Versorgung mit Breitband (Glasfaser) und Mobilfunk (4G und 5G) nicht umgehend abgebaut wird, wird der Anschluss im Vergleich zum internationalen Wettbewerb verpasst. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen und Abläufen ist eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur die zentrale Voraussetzung und muss zur Grundversorgung jedes Unternehmensstandorts zählen. Ansonsten können die Unternehmen die Chancen der Digitalisierung nicht nutzen und die Region läuft Gefahr, dass Betriebsstätten an besser angebundene Standorte verlagert werden.

- Eine lückenlose Mobilfunkversorgung muss zur Grundversorgung zählen – der 5G-Ausbau muss hierzu in Kombination mit einem flächendeckenden 4G-Lückenschluss in der gesamten Region zügig und bedarfsgerecht für die anwendende Wirtschaft umgesetzt werden.
- Parallel muss die Glasfaser-Infrastruktur in der Region südlicher Oberrhein flächendeckend ausgebaut werden. Jedes Industrieunternehmen muss bis zur Mitte dieses Jahrzehnts über einen Glasfaseranschluss oder eine 5G-Netzabdeckung verfügen.
- Der besondere Bedarf (z.B. Ausfallsicherheit, höhere Up- und Download-Bandbreiten) ist bei den Ausbauplanungen durch die Politik zu berücksichtigen. Dabei müssen zukünftige, steigende Anforderungen frühzeitig identifiziert und eingeplant werden.
- Aktuell müssen einige Unternehmen in der Region auf eigene Kosten Richtfunkantennen installieren, um dadurch die mangelnde Infrastruktur für den Datentransfer ausgleichen zu können. Betrachtet man die Mobilfunk-Netzabdeckungskarten so wird ersichtlich, dass es für 4G/LTE eine Vielzahl an weißen Flecken gibt.

Verkehrsinfrastruktur

Für eine Versorgung der Industrie und ihrer Produktionsstätten mit Gütern ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur unerlässlich. Gleiches gilt für Pendler – sowohl in den Ballungsgebieten Freiburg, Lahr und Offenburg, aber auch in den ländlichen Regionen, die täglich von Pendlern aus den Ballungszentren erreicht werden müssen. Die derzeitige Verkehrsinfrastruktur entspricht nicht den Anforderungen der Industrie. Verstärkte Aktivitäten zum Erhalt und Ausbau werden angemahnt:

- Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Güterverkehrs muss erhöht werden. Dies betrifft sowohl die Straßen (inkl. angemessener Anzahl an P&R-Parkplätzen) als auch die Schienen.
- Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind beim Erreichen dieses Zieles auszuschöpfen. Attraktive und durchgängige Personen- und Güterverkehrsangebote („Haustüre zu Haustüre“) sind unter Einbeziehung innovativer Akteure, wie z.B. Sharing-Anbieter, zu schaffen. Als zusätzliche Alternative sind auch Fahrradschnellwege zu planen.

- Für die Innenstädte sind neue Belieferungskonzepte zu entwickeln. Hier sind Mikrodepots (Umschlagsflächen zur Endverteilung) ein vielversprechender Ansatz.
- Die Leistungsfähigkeit der Bundesstraßen, unter anderem B31 und B33, sowie des Schienennetzes sind durch ein stabiles Investitionsniveau in Ausbau und Erhalt sicherzustellen – Lückenschluss-Projekte, wie beispielsweise der vierspurige Ausbau der B33, müssen vorangetrieben werden.
- Durch Tempo-30-Zonen und Einschränkungen auf Bundesstraßen (z.B. B31 in Falkenstein und Freiburg, B33 in Gutach) entstehen Dauerstaus im Berufsverkehr. Dadurch ergeben sich erhebliche wirtschaftliche- und Attraktivitätsnachteile für die Unternehmen, deren Lieferverkehr, Außendienstmitarbeiter und Pendler auf diese Strecken angewiesen sind.
- Fernverkehrswege wie die dreispurige A5 und die Rheintal-Gütertrasse sind umgehend auszubauen bzw. zu vollenden – hier kann die regionale Wirtschaft nicht noch weitere Jahre warten.

Energieversorgung

Die sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie und die Stabilität der Stromnetze sind entscheidende Standortfaktoren für Industrieunternehmen. Der geplante Kernkraftausstieg bis zum Jahresende 2022 sowie der Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 stellen auch unsere regionale Industrie vor besondere Herausforderungen. Die vollständige Energiewende wird befürwortet, jedoch muss diese unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft ausgestaltet und vollzogen werden:

- Bezahlbare Energie (v.a. Strom) muss gewährleistet werden. Einer Verteuerung der Energie, zum Beispiel durch eine CO₂-Bepreisung, muss durch eine ausreichende Kompensation für alle Industrieunternehmen über den Strompreis begegnet werden. Nur dadurch kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Deutschland ist bei den Strompreisen in den meisten Verbrauchergruppen bereits Spitzenreiter in Europa – gerade in Grenzregionen wie dem südlichen Oberrhein kann dies ein entscheidender Wettbewerbsnachteil sein.
- Zusätzliche Belastungen verschlechtern die Bedingungen am südlichen Oberrhein und führen zu Produktionseinschränkungen, Wohlstandsverlust, einer Verteuerung vieler Güter und Emissionsverlagerungen ins Ausland.
- Die drohende Erzeugungslücke für Strom ist zu schließen, um die derzeitige hohe und zuverlässige Stromqualität dauerhaft sicherzustellen. Hierzu muss zwingend der Ausbau der Energienetze (vor allem Nord-Süd-Trassen) beschleunigt werden. Dies betrifft innerdeutsche und grenzüberschreitende Übertragungskapazitäten.
- Bereits kurzzeitige Stromausfälle können in Industrieunternehmen mit hochkomplexer Maschinen- und Steuerungstechnik zum Verlust ganzer Chargen und zu enormen wirtschaftlichen Einbußen führen.
- Der europäische Energiebinnenmarkt muss gestärkt werden, nationale Sonderwege schaden unserer Industrie.
- Um den Ausbau erneuerbarer Energien zur grundlastfähigen Stromerzeugung weiter zu forcieren, müssen die Rahmenbedingungen angemessen und praktikabel gestaltet werden (z.B. im Bereich der Windenergie und Kraft-Wärme-Kopplung).

Innovationen

Deutsche Unternehmen geben rund 160 Mrd. Euro für Innovationen aus – über drei Viertel entfallen auf die Industrie – gleichzeitig sinkt aber die Zahl der innovativen KMU seit Jahren. Der Großteil der FuE-Aufwendungen am südlichen Oberrhein konzentriert sich auf größeren

Unternehmen. Der Anteil an Investitionen im Ausland nimmt weiter zu. Dies kann dazu führen, dass künftig die modernsten Fabriken unserer Unternehmen nicht in Deutschland, sondern im Ausland (z.B. USA, China) stehen.

- Es muss ein Bewusstsein für die Abhängigkeit von Digitalfirmen (Google, Microsoft, etc.) geschaffen werden und eine Antwort auf EU-Ebene vorangetrieben werden – zum Beispiel durch den gezielten Aufbau einer EU-Cloud oder Ansiedlung von (nicht-staatlichen) Unternehmen als Gegenpol. Regionale Software- und IT-Innovationen sind zu unterstützen, denn sie sind unumgängliche Grundlage für digitale Transformation.
- Themen wie Mobilität, Umwelttechnologien und Life-Sciences müssen mit adäquaten Mitteln schnell und umsetzungsorientiert angegangen werden – durch die Förderung von Schlüsseltechnologien wie beispielsweise Energiespeicher, Batterietechnik, KI, etc.
- Es sollte eine Strategie entwickelt werden, um Innovationen aus staatlich erhobenen Daten zu generieren und sie somit gezielt zu nutzen (z.B. über ein Ideenportal).
- Um das Potenzial neuer Technologien fundiert bewerten zu können, müssen sie umfassend getestet werden. Dies ist innerhalb des bestehenden regulatorischen Rahmens oft nicht möglich. Für innovative Produkte und Dienstleistungen müssen am südlichen Oberrhein Testmöglichkeiten und -felder bereitgestellt werden, um diese für einen begrenzten Zeitraum in einem begrenzten Markt zu testen (z.B. regionale Innovationszonen, in denen innovationsfreundliche Regeln für definierte Themen (z.B. autonomes Fahren) gelten).
- Es gilt zudem, den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der Region gezielt und arbeitsteilig weiterzuentwickeln. Die steuerliche Förderung von F&E-Anstrengungen muss dabei kontinuierlich weiterentwickelt werden (vgl. Gesetz zur steuerlichen Förderung von F&E), um Auftragsforschung bei den Auftraggebern zu fördern.
- Eine Budgeterhöhung der Innovationsförderprogramme unterstützt vor allem regionale KMU. Die Antragsverfahren müssen jedoch deutlich schlanker, leichter verständlich und mit den eigenen Ressourcen der KMU zu bewältigen sein. Es bedarf einer zentralen Hilfestellung für schwierige Fragen, um den bürokratischen Antragsaufwand zu reduzieren.

Bildung

Die berufliche Bildung muss gestärkt werden. Es muss wieder ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Akademikern und Fachkräften geschaffen werden. Eine klare Wertschätzung von Facharbeiterinnen und Facharbeitern ist hierfür erforderlich. Die regionalen Unternehmen benötigen Fachkräfte aller Qualifikationsstufen.

- Der aktuell und auch zukünftig größte Bedarf besteht bei den beruflich Qualifizierten. Über viele Jahrzehnte hat sich das Bild vom Studium als „Pauschalrezept“ für Karriere und Wohlstand verfestigt – dem widersprechen allerdings einige Fakten.
- Der Abbruch von schulischer oder beruflicher Ausbildung darf nicht in eine Sackgasse führen.
- Das duale Ausbildungssystem muss als Rückgrat des Mittelstandes gestärkt werden. Hierbei darf das Ausbildungsniveau nicht weiter abgesenkt werden, um den Marktanforderungen zu entsprechen.
- Die Wirtschaftskompetenz muss jeweils altersgerecht in allen Bildungsinstitutionen aufgebaut werden. „Unternehmerisches Denken und nachhaltiges Handeln“ (z.B. Businesspläne, Gründungskultur, etc.) sowie MINT-Kompetenzen müssen in allen

Schulen vermittelt werden (auch mit besonderem Fokus auf Mädchen). Ebenso der Umgang mit Computern, Programmierung und digitalen Kompetenzen. Dazu müssen die Lehrpläne regelmäßig auf notwendige inhaltliche Modernisierungen geprüft und angepasst werden.

- Investitionen in zeitgemäße (digitale) Ausstattung der Bildungseinrichtungen, weiterentwickelte Lehrmethoden und dafür qualifiziertes Bildungspersonal mit Einblick in die Anforderungen der Wirtschaft müssen erfolgen. Die digitale Transformation bringt große Herausforderungen bei der Qualifizierung der Beschäftigten. Maßnahmen für das lebenslange Lernen und zur Vermittlung von Sozialkompetenz sind entsprechend zu fördern.

Bürokratieabbau

Ein wesentlicher Teil von übermäßigen bürokratischen Belastungen entsteht, wenn viele unterschiedlicher Fachgesetze ein und denselben Sachverhalt regeln. So müssen etwa beim Bau von Gebäuden und Anlagen unter anderem Umweltschutzgesetze, Energieeinsparverordnungen, Arbeits- und Brandschutzbestimmungen, Vorgaben für die Barrierefreiheit, DIN-Vorgaben für Elektroinstallationen und Anordnungen der Baubehörden beachtet werden. Die Vielzahl verschiedenster Vorgaben führt zu äußerst komplexen Genehmigungsverfahren.

- Insbesondere für KMU ist vieles kaum noch nachvollziehbar und die Kosten für Genehmigungen und die Erfüllung von Auflagen steigen.
- Innovative Anlagen haben es besonders schwer, wenn sie sich nicht in Standardverfahren einordnen lassen und mit Auflagen überfrachtet werden. Die Komplexität muss also dringend abgebaut und die Genehmigungsverfahren verbindlich gestaltet sowie vereinfacht werden.
- Verschiedene, teils konkurrierende Vorschriften müssen besser aufeinander abgestimmt werden.
- Es sollten Ausnahmeregelungen für KMU geschaffen werden, die den geringeren administrativen Kapazitäten Rechnung tragen.
- Neue und bestehende Vorgaben müssen hinsichtlich der administrativen Belastung für Unternehmen kritisch auf ihre Praxis-tauglichkeit hinterfragt werden. Beispielsweise können das Entsendegesetz, Gelangenheitsbestätigungen oder das Transparenzregister als echte Barrieren betrachtet werden.
- Bei der Einführung und Novellierung von Normen & Standards muss ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Betroffenen im Vordergrund stehen (Wirtschaftlichkeitsgebot) und es muss grundsätzlich geprüft werden, ob dadurch bestehende Regelungen abgeschafft oder vereinfacht werden können. Bei Gesetzesnovellen sind jeweils innerbetriebliche Schulungen und Anpassungen notwendig, die der Wertschöpfung entgegenstehen.
- Die Arbeitswelt ändert sich – sie wird vernetzter und digitaler. Arbeitgeber brauchen insbesondere bei der Ausgestaltung des orts- und zeitflexiblen Arbeitens mehr Handlungsspielräume, um betriebliche Regelungen mit den Beschäftigten zu vereinbaren. Die Politik muss flexible Rahmenbedingungen für das Arbeitsrecht schaffen.
- Sehr oft tritt jedes Unternehmen mit Behörden in Kontakt – eine Online-Abwicklung ist in aller Regel nur eingeschränkt möglich. Die Wirtschaft fordert umfassende digitale Verwaltungsprozesse, um dadurch einen Großteil der Aufwendungen für Interaktionen mit Behörden sparen.

Fachkräfte

Wir müssen in der Region die arbeitsmarktorientierte Zuwanderung ausweiten. Die Wirtschaft am südlichen Oberrhein begrüßt grundsätzlich Vereinfachungen bei der Zuwanderung von Fachkräften.

- Regionale Unternehmen benötigen Unterstützung bei der Anwerbung und Integration ausländischer Fachkräfte, insbesondere berufsbegleitende und berufsbezogene Deutschangebote.
- Zudem stellen Frauen weiterhin ein großes Fachkräftepotenzial dar, das durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und familiären Aufgaben weiter erschlossen werden kann.
- Durch die Forcierung von Standortfaktoren, wie beispielsweise der Infrastruktur, kann die Abwanderung von Fachkräften teilweise verhindert werden.

Flächenbereitstellung

Für die Industrie am südlichen Oberrhein müssen die Flächen der Standorte gesichert und für Erweiterungsbedarfe sowie Neuansiedlung Flächen entwickelt werden. Diesem notwendigen Anliegen steht immer häufiger die Kritik gesellschaftlicher wie politischer Gruppen gegenüber, die oft mehr emotional als faktengeleitet ist.

- Daher ist es Aufgabe der Politik und der Unternehmen, künftig die Diskussion um eine effiziente Flächennutzung fachlich wie sachlich zu begleiten und Konzepte zu entwickeln, die Industrieunternehmen ein weiteres Wachstum in der Region ermöglichen.
- Ein Ansatz für effiziente Flächennutzung ist es, Gewerbegebiete an geeigneten Standorten interkommunal zu entwickeln. Bisher ist die Anzahl interkommunaler Gewerbegebiete gering.
- Es braucht außerdem ein attraktives staatliches Anreizsystem, das die Kommunen konkret unterstützt und effizientere Nutzung der Flächen fördert.

Start-Ups

Gründer- und Wagniskapital ist in Deutschland vergleichsweise rar. Gründer müssen sich auf ihre Produkte und Dienstleistungen konzentrieren, um schnell in den Markt zu kommen.

- Wichtig ist eine schlanke Bürokratie mit digitalen Prozessen. Start-Ups benötigen einfacheren Zugang zu Kapital und Fördermöglichkeiten.
- Effiziente „One-Stop-Shops“ für Gründer können möglichst viele Anmeldungen und Genehmigungen an einer zentralen Stelle bündeln.
- Außerdem sollten Förderprogramme für junge Unternehmen nutzbarer gemacht und weitere Anreize geschaffen werden (z.B. Bereitstellung von Räumlichkeiten, steuerliche Unterstützung in den Anfangsjahren nach der Gründung, etc.).
- Beteiligungen an Start-Ups sollten steuerlich sofort abgeschrieben werden können.
- Speziell für junge, wirtschaftlich noch nicht gefestigte Start-Ups und kleine Unternehmen sollten Haftungsfreistellungen helfen, um Kredite zu erhalten und die Last von persönlichen Bürgschaften zu mildern.